

Inhalt

<i>Vorwort</i>	V
<i>Abkürzungen</i>	XIX
<i>Literatur</i>	XXIII
Einführung	1
Teil I Das Herkunftslandprinzip auf der Ebene des Primärrechts	3
<i>Kapitel 1 Das Herkunftslandprinzip im Bereich der Vorschriften über den freien Warenverkehr</i>	4
I. Die Entwicklung des primärrechtlichen Herkunftslandprinzips durch den EuGH: von »Dassonville« bis »Cassis«	4
II. Die beschränkte Reichweite des Herkunftslandprinzips aufgrund des eingeschränkten Anwendungsbereichs von Art. 28 EG nach »Keck«	12
III. Die Einschränkung des Herkunftslandprinzips aufgrund gerechtfertigter Beschränkungen des freien Warenverkehrs.	19
<i>Kapitel 2 Das Herkunftslandprinzip im Bereich der Vorschriften über den freien Dienstleistungsverkehr</i>	23
I. Die Geltung des Herkunftslandprinzips.	23
II. Die Einschränkung der Reichweite des Herkunftslandprinzips entsprechend den Keck-Grundsätzen?	28
III. Die Schranken des Herkunftslandprinzips aufgrund gerechtfertigter Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs.	29
<i>Kapitel 3 Das Herkunftslandprinzip als notwendige Folge der Auslegung einer Grundfreiheit als allgemeines Beschränkungsverbot und des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts</i>	31
<i>Kapitel 4 Die Bedeutung des primärrechtlichen Herkunftslandprinzips</i>	37
I. Wirtschaftsbezogene Aspekte.	37
II. Rechtliche Aspekte.	40
III. Integrationspolitische Aspekte.	42
Teil II Das Herkunftslandprinzip in der Fernsehrichtlinie	45
<i>Kapitel 1 Die Verankerung des Herkunftslandprinzips in der Fernsehrichtlinie</i>	46
I. Der Grund für die Verankerung des Herkunftslandprinzips.	46

Inhalt

1. Technische Aspekte zur grenzüberschreitenden Verbreitung von Fernsehsendungen	46
2. Die Einordnung der Ausstrahlung oder Weiterverbreitung von Fernsehsendungen in das System der Grundfreiheiten durch den EuGH	48
3. Das Bedürfnis für eine gemeinschaftliche Regelung	56
II. Die Entstehung der Fernsehrichtlinie	60
III. Die Aufnahme des Herkunftslandprinzips als Mittel zur Erreichung des Ziels der Fernsehrichtlinie	69
IV. Die Art der Verankerung des Herkunftslandprinzips in der Fernsehrichtlinie	70
1. Rechtliche Grundlage des Herkunftslandprinzips	71
2. Das System des Herkunftslandprinzips	73
V. Die Verknüpfung mit dem Mindeststandardprinzip	76
1. Das Mindeststandardprinzip	76
2. Die rechtliche Grundlage	77
3. Strengere oder ausführlichere Bestimmungen für »inländische« Fernsehveranstalter	80
4. Kein spezielles Rechtfertigungsbedürfnis	81
5. Wahrung des Gemeinschaftsrechts	82
6. Die Wirkungen der Verknüpfung des Mindeststandardprinzips mit dem Herkunftslandprinzip	84
<i>Kapitel 2 Die Sendestaatskontrolle</i>	<i>87</i>
I. Der Sendestaat	87
1. Die Regelung in der Fernsehrichtlinie von 1989	88
2. Der zuständige Sendestaat nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs	90
3. Das Niederlassungsprinzip der Fernsehrichtlinie von 1997	95
a) Die ausdrückliche Aufnahme des Niederlassungsprinzips in die Fernsehrichtlinie	95
b) Die gesetzliche Regelung	98
c) Die Definition des Fernsehveranstalters	100
d) Auslegungsfragen zu den in Art. 2 Abs. 2-5 FRL 1997 genannten Kriterien	103
4. Zwischenergebnis	106
II. Die Kontrollverpflichtung des Sendestaats	106
1. Die Regelung der Richtlinie	107
2. Das Objekt der Kontrolle	108
3. Der Maßstab der Kontrolle	110
4. Die Durchführung der Kontrolle	113
a) Der Zeitpunkt der Kontrolle	114
b) Die Zulässigkeit der Selbstkontrolle?	117
aa) Selbstkontrolle und Co-Regulierung	117
bb) Die Selbstkontrolle nach der Fernsehrichtlinie	120
5. Zwischenergebnis	124

<i>Kapitel 3 Die Stellung des Empfangsstaats.</i>	125
I. Die Regelung des Art. 2a Abs. 1 FRL	125
II. Die Gewährleistung des freien Empfangs und die Nichtbehinderung der Weiterverbreitung	128
1. Das Verbot einer zweiten Kontrolle.	128
2. Verbotenes Einschreiten	130
3. Beispiele	139
4. Die Behinderung durch Organe der Selbstkontrolle.	142
5. Folgerungen	144
III. Die Handlungsbefugnisse des Empfangsstaats	146
1. Informelle Maßnahmen	147
2. Förmliches Einschreiten gegen den Sendestaat	148
3. Die Ausnahme nach Artikel 2a Absatz 2 FRL	149
a) Die Regelung	149
b) Das Objekt der Suspendierung	151
c) Art. 2a Abs. 2 FRL als abschließende Regelung	152
d) Die maßgebliche Sichtweise des Empfangsstaats	154
e) Die Anzahl der qualifizierten Verstöße	157
f) Das Konsultationsverfahren und die Rolle der Europäischen Kommission	158
g) Die Rechtsfolge von Art. 2a Abs. 2 FRL	162
h) Die Anwendung in der Praxis	164
4. Die Handlungsbefugnis bei Umgehungsversuchen	164
a) Die Geltung der »Van Binsbergen«-Rechtsprechung im Bereich des Fernsehens	165
b) Die Voraussetzungen für die Anwendung der Umgehungsrechtsprechung	168
c) Rechtsfolgen	171
d) Die Anwendung der Grundsätze bei Umgehung durch Werbetreibende?	172
IV. Zwischenergebnis	174
<i>Kapitel 4 Die Reichweite des Herkunftslandprinzips der Fernsehrichtlinie</i>	175
I. Der Anwendungsbereich der Fernsehrichtlinie	175
1. Der räumliche Anwendungsbereich	176
2. Der sachliche Anwendungsbereich	176
a) Der Begriff der Fernsehsendung	177
b) Vom sachlichen Anwendungsbereich ausgenommene Fernsehsendungen	183
3. Der persönliche Anwendungsbereich	184
II. Die durch die Fernsehrichtlinie koordinierten Bereiche	186
1. Die Regelungen der Fernsehrichtlinie betreffend den Inhalt von Fernsehsendungen	187
a) Die Maßnahmen zur Absatzförderung und die Direktangebote an die Öffentlichkeit	188
aa) Die Fernsehwerbung	188
(1) Der Begriff der Fernsehwerbung	189
(2) Der Werbeumfang	191

Inhalt

(3) Die Anzahl und die Modalitäten der Werbeunterbrechungen	195
(4) Die Vorschriften über die Präsentationsform und den Inhalt von Werbebotschaften	199
bb) Das Sponsoring	205
cc) Das Teleshopping	210
b) Der Schutz von Minderjährigen und der öffentlichen Ordnung	214
aa) Die Regelung der Fernsehrichtlinie	214
bb) Die Reichweite der Artikel 22 und 22a	217
c) Die Förderung der Verbreitung und Herstellung von Fernsehprogrammen	220
d) Die Ausstrahlung von Kinofilmen im Fernsehen	222
2. Über die Bestimmungen der Fernsehrichtlinie hinausgehende Koordinierung?	223
a) Die Problematik und mögliche unterschiedliche Ansätze	223
b) Die Urteile des EuGH	232
aa) Die Kulturpolitik sowie der Schutz der guten Sitten, der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit	232
bb) Die irreführende Werbung	234
cc) Der Schutz von Minderjährigen vor Fernsehwerbung	242
c) Zwischenergebnis	245
3. Die Einschränkung der koordinierten Bereiche	247
a) Die Ausführungen des EuGH im Urteil »De Agostini und TV-Shop«	247
b) Allgemeine bzw. spezielle Vorschriften	249
c) Die Weiterverbreitung im eigentlichen Sinne	252
d) Die Reichweite der Einschränkung	254
e) Zwischenergebnis	255
4. Ergebnis	257
<i>Kapitel 5 Die Durchsetzung des Herkunftslandprinzips</i>	<i>260</i>
I. Die Internationale Zuständigkeit der Gerichte	260
1. Die Gerichte des Empfangsstaats	260
2. Die Gerichte des Sendestaats	264
II. Das Herkunftslandprinzip der Fernsehrichtlinie als Kollisionsnorm?	265
III. Die Regelung des Art. 3 Abs. 3 FRL	271
IV. Die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens	272
Teil III Das Herkunftslandprinzip in der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr	275
<i>Kapitel 1 Die Verankerung des Herkunftslandprinzips in der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr</i>	<i>276</i>
I. Die Ausgangssituation	276
II. Die Entstehung der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr	281
III. Die Aufnahme des Herkunftslandprinzips in die E-Commerce-Richtlinie nach dem Vorbild der FRL	289

<i>Kapitel 2 Die Herkunftsstaatskontrolle</i>	295
I. Der Herkunftsstaat	295
1. Das Kriterium der Niederlassung	295
2. Die Problematik mehrerer Niederlassungen	297
3. Kritik am dogmatischen Ansatz der Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats	299
II. Die Kontrollpflicht des Herkunftsstaats	300
1. Die Kontrollpflicht als Ausgangsbasis des Herkunftslandprinzips	301
2. Der Maßstab der Kontrolle	301
3. Die Durchführung der Kontrolle	304
<i>Kapitel 3 Die Stellung des Abruf- bzw. Empfangsstaats</i>	308
I. Das Verbot der Einschränkung des freien Verkehrs der Dienste der Informationsgesellschaft	308
1. Die Regelung des Art. 3 Abs. 2 ECRL	308
2. Die Behinderung durch Organe der Selbstkontrolle	310
II. Die Handlungsbefugnis des Empfangsstaats	311
1. Die Ausnahme nach Artikel 3 Absatz 4 bis 6 ECRL	312
a) Die Regelung	312
b) Der Begriff der »Maßnahmen«	314
c) Die Reichweite der Unterrichtungspflicht	315
d) Die maßgebliche Sichtweise	316
e) Die Rolle der Kommission	318
f) Die Rechtsfolge von Art. 3 Abs. 4 ff. ECRL	319
2. Die Handlungsbefugnis bei Umgehungsversuchen des Diensteanbieters	320
3. Zwischenergebnis	322
<i>Kapitel 4 Die Reichweite des Herkunftslandprinzips der E-Commerce-Richtlinie</i>	323
I. Der Anwendungsbereich der E-Commerce-Richtlinie	323
1. Der sachliche Anwendungsbereich	324
a) »Elektronisch erbracht«	325
b) »In der Regel gegen Entgelt erbrachte Dienstleistung«	327
c) »Auf individuellen Abruf«	330
2. Persönlicher Anwendungsbereich	334
3. Die Ausnahmen vom sachlichen Anwendungsbereich der Richtlinie	336
II. Die Ausnahmen von der Anwendung des Herkunftslandprinzips	338
III. Der koordinierte Bereich	343
1. Der Begriff des »koordinierten Bereichs«	344
2. Die Regelungen der E-Commerce-Richtlinie	346
a) Die Zulassungsfreiheit	347
b) Die allgemeinen Informationspflichten	348
c) Die kommerziellen Kommunikationen	351
d) Der Abschluß von Verträgen auf elektronischem Weg	359
e) Die Verantwortlichkeit der Vermittler	366
3. Ergebnis	372
IV. Das Verhältnis der E-Commerce-Richtlinie zu anderen Richtlinien	374

Inhalt

<i>Kapitel 5 Die Durchsetzung des Herkunftslandprinzips</i>	378
I. Die Internationale Gerichtszuständigkeit	378
1. Die Gerichte des Empfangs- bzw. Abrufstaats.	378
2. Die Gerichte des Herkunftsstaats.	380
II. Das Herkunftslandprinzip der E-Commerce-Richtlinie als Kollisionsnorm?	381
III. Die Regelungen zur wirksamen Anwendung des Herkunftslandprinzips.	387
1. Die Schaffung von Verhauenskodizes.	387
2. Die auuerggerichtliche Beilegung von Rechtsstreitigkeiten.	388
3. Die Gewaehrleistung der Klagewege.	390
IV. Die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens.	390
Teil IV Fazit	393
<i>Kapitel 1 Der Vergleich des Herkunftslandprinzips der Fernsehrichtlinie mit dem Herkunftslandprinzip der E-Commerce-Richtlinie</i>	394
I. Die Gemeinsamkeiten.	394
II. Die Unterschiede.	395
1. Unterschiede bei der Gestaltung der das Herkunftslandprinzip statuierenden Normen.	395
2. Unterschiede im Hinblick auf den Geltungsbereich des Herkunftslandprinzips.	397
3. Unterschiede im Hinblick auf das dem Herkunftslandprinzip zugrundeliegende Schutzniveau.	398
4. Unterschiede im Hinblick die Bestimmung des zustandigen Mitgliedstaats.	399
5. Unterschiede im Bereich der Ausnahmen vom Herkunftslandprinzip.	402
6. Unterschiede im Hinblick auf die praktische Bedeutung.	403
<i>Kapitel 2 Der Vergleich des Herkunftslandprinzips auf Sekundarrechtsebene mit dem Herkunftslandprinzip auf Primarrechtsebene</i>	406
I. Die Grundlage des Herkunftslandprinzips.	406
II. Die Kontrollpflicht des Herkunftsstaats.	408
III. Die Ausnahmen vom Herkunftslandprinzip.	409
IV. Die Auswirkungen auf das anzuwendende Recht.	412
<i>Kapitel 3 Die Auswirkungen des Herkunftslandprinzips der Fernsehrichtlinie und der E-Commerce-Richtlinie</i>	414
I. Unmittelbare Auswirkungen auf die Betroffenen.	414
II. Die Inlanderdiskriminierung als mittelbare Auswirkung.	418
III. Auswirkungen auf den Markt.	426
IV. Auswirkungen auf den Rechtsraum eines Mitgliedstaats.	427
V. Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten.	428
VI. Wettbewerbsrechtliche Auswirkungen des Herkunftslandprinzips der E-Commerce-Richtlinie und die Warenverkehrsfreiheit	431
VII. Ergebnis.	434

Inhalt

<i>Kapitel 4</i>	<i>Schlußbetrachtung</i>	436
	I. Das Herkunftslandprinzip als Instrument für die Vollendung des Binnenmarkts und Katalysator für den Wettbewerb der europäischen Rechtsordnungen	436
	II. Das Fernsehen, das Internet und die Konvergenz	439
	<i>Materialien zur Entstehung der Fernsehrichtlinie</i>	445
	Richtlinie von 1989	445
	Richtlinie von 1997	447
	Anwendungsberichte	448
	<i>Materialien zur Entstehung der E-Commerce-Richtlinie</i>	451